

THE 1990S: A DECADE OF CHALLENGE AND OPPORTUNITY

Der erste Befreiungsbogen wurde von den meisten Verbandsmitgliedern ausgenutzt, während viele abwesende bei der Verbandsmitgliederversammlung am 1. November 1911 die "Fragebogenabstimmung" besuchten. 58,6% der Abgeordneten wählten eine Quotientenabstimmung. Der Austritt erfolgte am 4.7.11. Gestellten. Die abwesenden gaben wohl ein, dass der Fragebogen von vielen Zahlungsfällen, aber offenen Wissensvermögen und medizinischem Zustand des Befragten abhängt. So ist der Fragebogen nicht für alle gleichmäßig ausgefüllbar. Wenn an dem befreiernden Dritten gleichfalls keine geistige Nachbereitung gewährt wurde, leidet es nun unter Kleinbetriebe auch aus anderen Ursachen, so mindestens der Fragebogen jedoch andere Angaben, die unbedingt ein Zurückfinden nötig machen. Eine Übersicht über die in unseren Verbandsbezirken bestehenden Großbetriebsungen ist durchaus notwendig und liegt sicher nicht zuletzt Interesse des Gewerkschaftsverbandes. Diese Übersicht kann im heutigen Organisationsleben einfach nicht entbehrt werden und sollten wirtschaftig gestellt werden, weil es die so heißt umstrittenen Betriebsräte bestimmt Sabotage mit dem Fragebogen freien, dann wäre es erforderlich und durchaus am sicheren Objekt verhaftet. Eine Zahlungswidrigkeit wiederum muss unbedingt im Bilde sein über die geistigen Betriebsvereinigungen in ihrem Bereich, denn sonst kann sie im Anspruch auf wirksame Interessenvertretung der Kollegen in Betracht stehen. Nachstehend veröffentlichten wir nun diese Zahlen und finden darunter solche mit Großbetrieben, die auf alle Fälle geistige Betriebsvertretung gewählt haben. Es fehlen aus dem 1. Gau: Bülow (Bogen nicht verwendbar), Guben, Waren. 2. Gau: Alz-Marienbad, Deutmannsdorf, Dürrnroßdorf, Herzogswalde, Striegau, Mühlbergsdorf, Bunzlau, Ehrenbach, Eger. 3. Gau: Allesleben, Berbersdorf, Crotwinkel, Dommitzsch, Eichendorf, Schwer. 4. Gau: Wadersleben, Viechteld, Dörnberg, Minden, Osterwald, Völklingen. 5. Gau: Dietesheim, Eisenroth, Grubach, Grullen, Hofermühle, Hoffeld, Kirn a. d. N., Köln II, Kreuznach, Luppfürth, Magdeburg, Millheim, Neanderthal, Roth (Dillkreis), Saar, Wülfers. 6. Gau: Dürtheim, Eickhausen, Edelgemünd, Krielenbach. 7. Gau: Bruckmühl, Überhardsreuth, Flöß, Großhettengrün, Rehheim, Moosbach, Regensburg, Sparneck. 8. Gau: Burglindstadt, Elbessloß, Gleichenberg, Heigenbrücken (nicht verwendbar), Jöhingen, Obereschendorf, Schopfloch, Stadtprozelten, Ulm a. D., Weikendorf.

Straßenprozessen, um a. d. Zeitendurst. Siedelrecht regen die Mitglieder der vorstehenden Rathäusern in ihrer en Versammlung an, daß das Veräumte unbedingt nachgeholt werden. Den Rathäusern soll in gewissen Zwischenräumen Material für Vertriebsverteilungen geliefert werden, damit leichtere ihre Aufgaben am versorgen und vertreten können. Jene Rathäusern, von denen wir Angaben besitzen, erhalten natürlich das Material nicht. Kommen natürlich in diesen Orten gesetzliche Vertriebsvertretungen in Frage.

THE BOSTONIAN is a weekly newspaper published at Boston, Mass., by the Bostonian Publishing Company, 100 Cornhill, Boston, Mass.

WIR SIND DABEI VON DER AUSSENWIRKUNG DER STROMART AUF DEN BETRIEBSAUSFALL UND DARAUS ERGEBENDEM VERLUST ABHÄNGIG. WIR PFERDEN ALLEIN DAS RISIKO, DASS DIESER VERLUSTE NICHT VORSTRENG BEZOGEN WERDEN MÜSSEN, DABEI WIRD WIRTER ZUVERLÄSSIGKEIT GEWANNT. KANN D. TIEFSTESTE AUF DEM STROMNETZ EINTRÄTEN, SO WÜRDE DIESER PROBLEME UNTERSTELLT. WIR SIND DABEI, DASS DIESE PROBLEME NICHT VORSTRENG BEZOGEN AUF DEN VORGEBEHNEN TIEFSTEST DURCHZUFÜHREN SOLL, SONST KÖNNEN WIR IN ALLEN MAßNAHMEN DIESER TIEFSTESTES FERNEN. DIESER VORSTRENGE AUSFALLSCHIEDUNG BEFÄHIGT UNS UNTERE BESTEHENDE RECHTSVORSTRENGE VORSTRENG AUF DIE GRÖSSE DER BETRIEBS IN DEN EINGEFÜHRTEN STROMARTEN WIRKT.

Eine neuere amtliche Statistik und Bergwerkszählung kann nicht mehr gegeben werden, da sie im Jahre 1907, die in dem Berichtsjahr von den verfloßenen 18 Jahren genau veröffentlicht worden, aber ohne Betriebe, die uns im Vergleich das falsche Bild: Es wurden 1907 in der Schmelzwirtschaft gezählt 8088 Kleinbetriebe, also ohne Arbeitnehmer, 6660 Betriebe bis 5 Arbeitern, 6778 bis 20, und 1592 Betriebe über 20 Arbeitern. Demnach wären nach der vollen amtlichen Betriebs- und Bergwerkszählung von 1907 9144 Betriebe ohne gelegliche Vertretung, 6778 Namen für Betriebsobmänner und nur 1592 für die Zahl der Betriebsarbeiter in Frage.

Die Ergebnisse der Betriebszählung von 1907 können uns im Zusammenhang mit der Betriebsrechtsstatistik unseres Verbandes auch nur zum Vergleich etwas nützen, sonst sind die Unterlagen weiter nicht zu verwerten. Schon deshalb nicht, weil wir keine Angaben besitzen über die Zahl der ehrenamtlichen Betriebsvertretungen in der Steinindustrie und von jenen Berufsgenossen, die außerhalb unserer Organisation stehen, die bereits vorstehend angeführt ist.

Aus der ersten Tabelle ist auch zu erkennen, daß nur in 66 Orten Ausbildungskurse für die Betriebsvertretungen bestehen. Von 414 Orten

Die Zusammensetzung der Betriebsvertretungen nach Kreisen zeigt uns, daß diese Zahl recht gering ist; sie zeigt uns, wo es fehlt und wo besonders Interesse unserer ländlichen Wohnstellen fünfzig gewisse Schritte unternommen werden müssen.

Eine Eigentort muß in diesem Zusammenhang doch erwähnt werden, die höchstlich schon manchen älteren Steinmeihen aufgestoßen. Die Obhutgenheiten der geistlichen Betriebsvertretung, besonders des Klostergotteshauses lädt Vergleiche zu mit den früheren Kunstgebräuchen und Ueberlieferungen im Steinmeiergewerbe. Das "Budenrecht" und die Funktionen des "Altgesellen". Bis Ausgang der neunziger Jahre litten sich diese Berufsrechte hier und dort erhalten, bis sie dann in Rumpfessammler geworfen wurden. Das Budenrecht war kein gesetzliches Recht, wurde aber darum nicht minder geachtet und streng eingehalten. Schon in jener Zeit, als der Steinmeierberuf von Klostermännern oder Klosterbrüdern ausgeübt wurde, als die Künste sich bildeten, war das Budenrecht etwas Selbstverständliches und Prostifisches, was man vor dem Klostergarten abliest. Da war der Altgeselle den

Der Steinarbeiter

Organ des Zentralverbandes der Steinarbeiter Deutschlands

Gedruckt und vertrieben von Schmidbauer. — Bezugspreis monatlich
ca. 20 Pf. Stück. — Ein Abonnement kostet 100 Pf. — Anzeigen in der
Zeitung kosten 100 Pfennige. — Einzelanzeige für 75 Pf.

Schriftleitung und Verlagsstelle:
Leipzig
Gebertstraße 1, IV., Dichterlochhof
Telefon 7442

Sitz des Blattes: Montags, mittags 12 Uhr. — Anzeigengebühr für
die dreieckige Kleinzeile 2.— III.
Anzeigen werden nur bei vorheriger Einwendung der Kosten aufgenommen.

Nr. 38.

Sonnabend, den 18. September 1920.

24. Jahrgang

Lohnbewegungen.

Berliner Note: Die Herren Dr. Graw und Willi Schumacher in Düsseldorf, Hermann Kroll und Müller in Berlin, Max Berlin in Potsdam, Hans Wenzel in Bremen (Bremen).

Notiz aus Hamburg:

In Hamburg a. W. (Hans Müller). Telos (Ber. Betriebsrat) schreibt: 250 Kollegen der Steineisen- und Eisenindustrie der Herren Müller u. Wimmel C. E. Helling, B. Holzmann u. A. a. Grimmler befinden sich im Streik. Der wichtige Grundstein vom 2. M. bis 3.60 M. liegt in Betrieb nicht zu. Die Mehrzahl der Steinarbeiter hat noch keinen Abschluß. Unseren Anstrengungen für Eisenbahnbau zu machen, so daß für die Eisenbahn auch niedrigere Löhne.

Berlin: Die Zahlung einer Entschädigung mit den nachstehenden Tagesgründen war bestimmt, weil im letzten August die Verschärfung über den Zustand der Versorgung bediente. Der Abschluß dauert in aller Strenge bei Bau- und Großbaugeschäften fort.

Baden: In Baden sind seit 28. Juni die Steinarbeiter und Steinärbeiter ausgetreten. Von letzteren kommen ca. 1300 Steinmeier und Schleifer in Frage. Alle aus mitgestellt wird, verlassen die Unternehmer deutliche Bau- und Steinarbeit annehmen. Die Ausgebeuteten liegen gekröpft wie am ersten Tage. Siehe hier kein Rücksicht mehr her, in Baden Arbeit anzunehmen.

Region ist fernzuhalten:
aus den bereits genannten Orten (Erdre und Streit) nach Stuttgart, Lörrach, Bremen (Grabsteingräber).

Hessen: Die Arbeitgeber drohen mit Entlassungen, wenn die Kollegen nicht binnen neunten den 7 Prozent Aufholung die nach Vereinbarung auf das Meistertisch für Steinmeier zu zahlen sind. Nach einer Arbeitsüberprüfung im Interesse der Wiederbeschäftigung stehen sie absehend gegenüber.

Gelehrte Demokraten:
Ges. Die Differenzen mit der Baufirma W. Dietzel und einigen anderen Steinmeistern haben durch Vergleich mit dem Gewerbeamt eine endgültige Lösung gefunden. Neunzig Kollegen wurden je 130 M. eingesetzt.

Die Schlichtungsausschüsse.

Die Tätigkeit der Schlichtungsausschüsse im Zusammenhang mit den Demobilisierungskommissionen hat in den letzten Monaten auch in den Kreisen unserer Kollegen eine andere Bewertung erfahren; weil es nun ganz wenigen Ausnahmen nur noch möglich erscheint, Streitigkeiten über die Entlohnungshöhe durch die Institutionen endgültig zu regeln. Die Demobilisierungskommissionen lehnen jetzt fast immer die Verbündeteklärung von Schiedsprüchen ab, nachdem sie wochen zu monate lang sich überhaupt über den Einzelfall anscheinlich gemacht. Kommt dann endlich die abschließende Begründung, dann fragt man sich mit Recht, ob zu dieser Begründung eine wochenlange Erwähnung nötig war. Das ist ein Zustand, in dem die Schlichtungsausschüsse, der bereits an einzelnen Orten zu lebhaftem Protesten mit den Gewerkschaften geführt hat, im übrigen aber auch viel Zündstoff sammelt, der sich nicht zugunsten von Schlichtungsausschüssen in Lohnstreitigkeiten ausspielt. Uns sind aus der Steinindustrie eine Reihe von Schiedsprüchen der Schlichtungsausschüsse in den letzten Wochen zur Kenntnis gekommen, die vom Demobilisierungskommissar auf die Weise zu Grab getragen wurden. Die Schleifer sind in den meisten Fällen wohl die Arbeitgeber. Bei den mündlichen Verhandlungen vor dem Schlichtungsausschuß kommen sie mitunter Begründungen nicht so recht durch, beim Demobilisierungskommissar können sie mehr Glück damit zu haben; denn dort fehlt die Gegenrede, wie vor dem Schlichtungsausschuß. Der verfehlte Zweck der Schlichtungsausschüsse stellt sich in der Zeitung durch die Praxis immer mehr heraus, und wird durch tägliche Vorlesungen stets erneut belegt. Die Urkunden liegen gewiß in den momentanen höchsten wirtschaftlichen Verhältnissen. Dieses erkennt, bedeutet jedoch noch keine Entschuldigung der Haltung der Demobilisierungskommissionen bei der Verbündeteklärung von Schiedsprüchen.

Will dem Stoden der Preissteigerung und der hier und dort eingetretene Preisanstieg, die für den Einzelhaushalt des Arbeiters so gut wie gar nicht fühlbar ist, weil dort zu viele Schäden vorhanden sind, hat sich auch für die Schlichtungsausschüsse die Situation der Verstellung von Leistungszulagen und damit verbundenen Lohnstreitigkeiten, ohne ihr eigenes Autun, geändert. Zumal die vorliegenden Gebietsentschließungen von Wirtschaftspolitik und einzelnen Städten nicht wegzubüspüren sind. Jene Gewerkschaften oder Berufe, die bei dem allgemeinen Weltlauf zum Lohnausgleich mit der Preissteigerung aus den verschiedenen Ursachen im Hintertreffen geblieben sind, sind in einer recht unangenehmen Situation. Es sind wohl fast immer jüngere, weniger lebenswichtigen Berufe, die können auch jetzt erst recht Schlichtungsausschüsse erreichen. Das ist eine Folge der augensichtlichen wirtschaftlichen Verhältnisse, und es heize blind sein, das nicht zu erkennen. Diese Erscheinung haben wir an allen Orten zu konstatieren. Schließlich kommt noch hinzu die Haltung der Demobilisierungskommissionen in der Verbündeteklärung von Schiedsprüchen, deren Rückwirkung auf die Sprachpraxis der Schlichtungsausschüsse unvermeidbar ist. Hinzu kommt ferner das Erstarken der Arbeitsherrnpositionen, die mit Hilfe ordentlicher Gerichte sich unbedeute Schiedsgerichtsmaßnahmen hat bekanntlich ein Schlichtungsausschuh nicht, kein Einfluß hat, abgesehen von einzelnen besonderen Fällen, nur ein moralischer. No, wo wo Gebäudeführer stehn in Frage kommen, ist es mit moralischen Einwirkungen nicht weit her, da ist nur die Machtfrage auszuspielen! So stehen im allgemeinen die Dinge auf dem Gebiete Schlichtungsausschuh. Verfahrens.

Die Tätigkeit im Schlichtungsausschuh wird auch so leicht keinen Arbeitnehmerbetrieb, sofern er proletarisch fühlt und denkt, so gar mancher wird mit diesem Gefühl und der nur einmal vorliegenden Rechtsauffassung sehr oft bei einzelnen Entscheidungen in die Gegenseiten, bei denen es sich zwischen Arbeitnehmern und Arbeitgebern handt auf hart zugespitzt hat, weil in gem. informierter Beratung und Berichtigung der Parteien untereinander seine Einigung möglich war. Auf einer Seite die Begründung der unterschiedlichen wirtschaftlichen Betriebe, Fehlen oder Zurückziehen von Ausstrichen. So ist es mit wenig Ausnahmen in jedem Fall und nun — Schlichtungsausschuh entscheidet! Ein Entscheid bestreitet keinen. Die Arbeitgeber sind empört über

die „Parteilisten“, die Arbeitnehmer über das wichtige Rechtset. Wenn die Arbeitgeber nun ob, sich dem Erfordern zu unterwerfen und die Betriebsleute gesetzlich kein anderes Zugestehen für die Arbeit, dann ist der ganze Appell vor dem Schlichtungsausschuh verpufft, was für die Reg. wie man sagt. Es kann beständig drohend verhandeln werden, wenn in der Abhängigkeit die Abwendung gegen das Verfahren vor dem Schlichtungsausschuh immer mehr zum Ausdruck kommt, denn im weiteren Verlauf des Schlichtungsausschusses kommt der tot. Rauch daran daran — den Demobilisierungskommissar. Um dies vor an guten Beispielen von diesen zu belegen, dienen folgendes:

Wir mit Mothen streitten in einem Ort unsere Kollegen, der Schlichtungsausschuh entschied sich für eine Aufhebung, legt jedoch den Kollegen nahe, die Arbeit wieder aufzunehmen und bei Ablehnung des Spruchs durch die Unternehmer den Demobilisierungskommissar anzuwirken, wobei sie wegen der Rückwirkung keine Einbuße erleiden würden. Die Arbeitsschaffung erfolgte sofort, die Ablehnung des Spruchs von den Unternehmern einige Tage später. Nach Wochen sind jedoch verschlossen, die Betriebsleutefortführung läuft heute noch auf sich warten und wie die Situation jetzt steht, wird sie abgelenkt. Der Geschäftsführer am Ort hat auch nachgefragt. Bei unseren Kollegen herrscht darüber natürlich großer aber berechtigter Unwillen, sie fühlen sich als die Gefüllten und werden, wenn das Rechtat so eintrifft, wie angenommen werden kann, niemals den Schlichtungsausschuh wieder antragen; obgleich dieser schon richtig funktionierte, hat jedoch die weitere Zukunft verjagt. Der andere Fall liegt anders, aber recht traurig. Der Arbeitgeber der Kalksteinindustrie in einem Ort Rheinlande war durch Schiedspruch eine 10prozentige Lohnzähmung zugesprochen. Die Verbündeteklärung wurde in Düsseldorf angelehnt, weil einige Arbeiter — etwas Gartenland zur Verfügung steht und sie dadurch besser gestellt sein sollen als die Arbeitgeber anderer Industrien. Diese Begründung der Ablehnung ist einfach hanebüchen und gereicht dem betreffenden Demobilisierungskommissar nicht zum Reichen seiner wirtschaftlichen Weisheit. Diesem Herrn muss doch einleuchten, daß dem Einheitsatz des Schlichtungsausschusses immer eine eingehende Bürdeung der ganzen Betriebs- und Betriebsleute vorausgegangen ist und der Schiedspruch nicht in leichterer Weise zustandekommt. Darum ist es ein unzählbarer Anzahl, was sich jetzt und nicht zuletzt durch machtvollen unterirdisches Drängen der Arbeitgeber-Organisationen herausgelöst hat.

So liegen eigentlich die Verhältnisse im Schlichtungswesen; sie liegen, wie oben gefordert, viel Konfliktstoff in sich, der sich auf keinen Fall im Interesse der Arbeitnehmer wieder wieder ausgeweitzen kann, um den logistischen maßgebenden Stellen Beachtung findet? Nach der ganzen Sache ist es schon besser, wenn eine andere Einrichtung auf diesem Gebiet, etwa der Justiz des Gewerbegeichts, zuständig kommt, dessig. Urteil oder Entscheid. Rechtskrift und damit Vollstreckbarkeit werden bestimmt.

Betriebsräte und Betriebsobmänner in unserem Verbandsbereich.

Um eine Übersicht zu haben über die von uns Verbandsmitgliedern gewählten Betriebsräte und -obmänner hat der Verbandsvorstand einen Fragebogen mit dem Formular der 2. Quartalsabrechnung an die Zollstellen verändert. Bed: Formulare sollten am Quartalsabschluß wieder zurückkommen. Der Verband erfolgte an 477 Zollstellen. Die Abrechnungen gingen wohl ein, doch der Fragebogen von vielen Zollstellen nicht. Nach älteren Aufforderungen und nochmaligem Zusenden des Fragebogens an die sämigen Zollstellen sind bis zu 9. September 414 Bogen zurückgekommen, zum Teil recht mangelhaft ausgefüllt; 68 Befragten haben es jedoch nicht für nötig gehalten, trotz alter Aufforderung. Wenn an den betreffenden Orten tatsächlich keine gelegentlich Betriebsvertretung gewählt wurde, leint es nun lauter Kleinstbetriebe oder auch aus anderen Ursachen, so wünschte der Fragebogen jedoch noch andere Angaben, die unbedingt ein Zurückfordern nötig machen. Eine klare Übersicht über die in unseren Verbandsbereichen bestehenden Betriebsvertretungen ist durchaus notwendig und liegt sicher nicht zuletzt im Interesse der Gesamtlosigkeit.

Diese Übersicht kann im heutigen Organisationsleben einfach nicht entbehrt werden und sollten wirklich einzige Zollstellen, weil es die so heiß umstrittener Betriebsräte betrifft, eine Art Sabotage mit dem Fragebogen treiben, dann wäre es unverständig und durchaus am falschen Objekt ver sucht. Eine Zollstellenverwaltung wiederum muß unbedingt im Bilde sein über die geleglichen Betriebsvertretungen in ihrem Bereich, denn sonst kan. Sie keinen Anspruch auf wirkliche Intervertretung der Kollegen in ihrem Bezirk machen. Nachstehend veröffentlichten wir nun die Zollstellen und finden darunter solche mit Großbetrieben, die aus alle Fälle ihre geplante Betriebsvertretung getreut haben. Es fehlen aus dem 1. Gau: Bülow (Bogen nicht verwendbar), Guben, Waren.

2. Gau: Alt-Wartau, Teutmannsdorf, Dörrnau, Herzogswaldau, Striegau, Mühlendorf, Bunzlau, Görlitz, See.

3. Gau: Alslében, Berbersdorf, Crostwitz, Dörrnau, Eichendorf, Schwerin.

4. Gau: Albersleben, Bielefeld, Dörnberg, Minden, Osterwald, Völklingen.

5. Gau: Brieselheim, Eilenroth, Gröditz, Gruiten, Hosermühle, Höselsdorf, Kirn a. d. N., Köln II, Kreuznach, Luppi, Idreh, Kasten, Wülfrath, Neanderthal, Roth (Dillkreis), Saar, Wülfrath.

6. Gau: Dürkheim, Kirchhausen, Neckargemünd, Kirschenbach.

7. Gau: Brückmühl, Eberhardstein, Kloß, Großhettstedt, Kelheim, Mölsbach, Regensburg, Sporn.

8. Gau: Burgkunstadt, Eibelstadt, Gleisberg, Heigenbrücken (nicht erwähnt), Iphofen, Obereschenbach, Schöpftach, Stadtpoelzen, Ulm a. d. Weißenburg.

Vielleicht regen die Mitglieder der vorliegenden Zollstellen in ihrer nächsten Verbindung an, daß das Verhältnis unbedingt nachgeholt wird. Den Zollstellen soll in gewissen Zwischenräumen Material für die Betriebsvertretungen geliefert werden, damit fehlere ihre Aufgaben wirklich verfolgen und erfüllen können. Jene Zollstellen, von denen wir keine Angaben besitzen, erhalten natürlich das Material nicht. Kommen nun wirklich in diejenigen Orten gesetzliche Betriebsvertretungen in Frage, dann ist es ein ungürder Fallstand, der deuernd nicht halbbar ist.

Das Resultat aus den bisher vorliegenden Fragebögen ergibt, daß in sämtlichen Agitationsbereichen oder Gauen 2008 lebensfähige Betriebe vorhanden, von denen 1286 Betriebe eine Arbeitnehmerzahl unter 5 haben also ohne gesetzliche Betriebsvertretung sind. In 698 Betrieben sind Betriebsräte gewählt und in 714 Betrieben Betriebsobmänner. Die ältesten Betriebe sind folgende, die regelmäßiger über 20 Arbeiter beschäftigen, während die vorangenannten regelmäßiger unter 20, aber mindestens 5 Arbeiter beschäftigen. Beide die Hälfte aller gezählten Betriebe haben unter 5 Arbeitern und gelten als Kleinstbetriebe. Diese Zahlen sagen uns nun nichts Neues, sie bestätigen, was wir zur Zeit der Betriebsratswochen bereits bestätigten haben, gefügt auf die Zahlen der Betriebs- und Betriebszähmung vom Jahre 1907. Die tatsächliche Signatur in der Steinindustrie allein ist der Klein- und Mittelbetrieb, daran haben die Kriegsjahre auch nichts geändert. — Die Zusammenstellung nach Gauen zeigt uns, wie die größeren und kleineren Betriebe vorherrschen sind:

Ort	Geschäfte Betriebe	Zahl der Betriebe	Zahl der Betriebe unter 5 Arbeitern	Zahl der Betriebe zwischen 5 und 10 Arbeitern	Zahl der Betriebe zwischen 10 und 20 Arbeitern	Zahl der Betriebe zwischen 20 und 50 Arbeitern	Zahl der Betriebe zwischen 50 und 100 Arbeitern
1	236	28	67	141	5	3	
2	239	103	77	59	7	9	10
3	378	88	109	181	17	6	
4	317	78	117	122	11	16	
5	643	132	86	425	4		
6	283	71	80	132	9	4	
7	279	112	75	92	8	8	9
8	323	85	104	134	6		

Jed. 2. Gau (Schlesien und Sachsen), 5. Gau (Rheinland-Pfalz) und im 7. Gau (Oberfranken, Oberpfalz, Niederbayern) überwiegt die Zahl der Betriebsräte jene der Betriebsobmänner; im 1. Gau (Berlin), 3. Gau (Sachsen, Thüringen), 4. Gau (Hannover, Hamburg, Bremen, Sachsen), 6. Gau (Württemberg, Hessen) und im 8. Gau (Unterfranken) ist es dagegen umgekehrt.

Die Ausnahme im 2. und im 7. Gau überwiegt jetzt die Zahl der Betriebsräte ohne Betriebe im Gemeinde-Berliner Gau und im Kölner Gau ist die Zahl der Betriebsobmänner sogar recht bedeutend. Der Kölner Gau (Rheinland-Pfalz) hat nach unserer Zusammenstellung die höchste Zahl der größeren Betriebe, aber auch das allen Betrieben die meisten Kleinstbetriebe wenig ändern.

Noch Beschildigungsart obz. Branchen in unserer Organisationen verteilen sich die Betriebsvertretungen wie folgt:

Betriebsräte	Betriebsobmänner	Über Betriebe
Schotter-Plastersteinindustrie	201	178
Granitwerke	137	108
Grabstein und Sandstein	120	255
Granitdielenfabriken	72	38
Marmorbearbeitung	33	27
Kalkstein	15	61
Gemischte Betriebe	12	22
olithographiestein und Schiefer	7	9

Aus dieser Zusammenstellung ist noch zu erkennen, daß bei der Delegation zum Betriebsräte Kongress nicht einmal allen Branchen Recht getragen werden konnte, weil noch unserer Mitgliederzahl insgesamt nur 6 Delegierte auf den Steinindustrie-Verband entfielen. Die große Mehrzahl unserer Mitglieder hat auch diese Einsicht und ist mit der vorgenommenen Regelung durchaus einverstanden bis auf jene natürlich, die in allen Wählern etwas Verbotenes sehen. Die vorliegende Zusammenstellung bestätigt auch unsere bisherige statistische Betrachtung in bezug auf die Größe der Betriebe in den einzelnen Branchen unserer Industrien.

Eine neuere amtliche Betriebs- und Betriebszählung liegt nicht vor. Die letzte erfolgte im Jahre 1907, sie ist durch die Ereignisse in den vergangenen 13 Jahren gewiß verschoben worden, aber ihre Zahlen geben uns im Vergleich daselbe Bild: Es wurden 1907 in der Steinindustrie gezählt 3088 Kleinstbetriebe, also ohne Arbeiter, 6066 Betriebe bis 5 Arbeiter, 6773 bis 20, und 1592 Betriebe über 20 Arbeiter. Demnach wären nach der vorliegenden örtlichen Betriebs- und Betriebszählung von 1907 9144 Betriebe ohne gesetzliche Betriebs- und Betriebszählung für Betriebsmänner und nur 1592 für die Zahl von Betriebsräten in Frage.

Bei berücksichtigen bei diesen Zahlen ist, daß unsere Organisationen in einem Teil der Betriebe nicht vertreten ist, auch heute noch nicht; zum Beispiel gibt es Betriebe, wo nur die christliche Organisation vorherrscht, andererseits wieder Betriebe, die infolge d. von ihnen geworbenen oder verarbeitenden Steinmännern in anderen Arbeitersorganisationen ihre Betriebsvertretungen haben, wir nennen hier nur die Schieferbrüder (Rheinland), Spiegelsteinfabrikation, Werksteinmacher, Edelstein-, Edelsteinkleinfabrik, Verarbeitung von

Wenn sie sich die übrigen 128 Kilogramm im Gesamtbetrag kosten, so sollten sie dafür, falls sie nur halbe Rationen für 32 M. des Programms sind, zur Hälfte Gutsbezüge für 40 M. des Programms nehmen, 4427 M. aufzumachen. Die Fleischversorgung unter Zugrundelegung der im April/Mai 1913 verbrauchten Mengen sollte also 1038 M. + 4427 M. = 1486 M. Zu ähnlichem Werte kam für die anderen Nahrungsmittel vorhergehend, beide also z. B. als hülfenfrüchte zusammengefasst, ebenso eine Menge, die Rationen abwären. Dann ergibt sich eine Erhöhung der Gewerkschaftsliste für Ernährung von 1233 M. im April/Mai 1913 auf 20975 M. im April/Mai 1920. Um den Kopf und den Tag bedeutet das eine Erhöhung von 92 P. auf 1458 M. Eine Familie also, die bis jetzt nicht so wenig wie noch nicht so geschossen, aber doch ähnlich erstaunlich wie vor sieben Jahren, sollte dafür im April/Mai 1920 den 10fachen Betrag ausgeben.

2. Um die ungetreue Versorgung einzufangen, d. h. um festzu stellen, was der heutige Verbrauch vor dem Kriege gezeigt hätte, habe ich zunächst ermittelt, welche Rationen an 6 Gewerken auf der entsprechenden Altersgruppierung für April/Mai 1920 in Berlin-Schöneberg verteilt wurden, was diese Rationen tatsächlich leisteten, und was sie im April/Mai 1913 gefordert hätten. Da jetzt das, das die gleichen Mengen, die jetzt 1951 M. kosten, vor 7 Jahren 106 M. erforderten hätten. Die Ration, die jetzt auf den Kopf und den Tag 3,53 M. kostete, hätte sie vor dem Kriege mit nur 20 M. gefordert. Diese Ration reichte aber natürlich nicht aus, um den Windesmüll eines erwachsenen Menschen zu decken. Der Räumtanteil der den 23 Personen für die zwei Monate zustehenden Rationen betrug nämlich 2.337.000 Kalorien. Nach den Berechnungen von 3 u. 4 gäben brauchen nun 23 Personen der obigen Altersgruppierung in zwei Monaten 3.234.000 Kalorien. Und es ist interessant, festzustellen, dass die von diesen 23 Personen im April/Mai 1913 verbrauchten Mengen einen Nährwert von 3.450.000 Kalorien hatten, also um etwa 5 Proz. über den physiologischen Bedarf hinausgingen. Im April/Mai 1920 müssen nun von den 23 Personen, um ihr Ernährungsmaß zu halten, ja den Rationen noch Rangungszettel im Räumtanteil von 324.400 - 23.700 = 297.000 Kalorien hinzugefügen. Diese summierte sie sich billiger für 2078 M. gegenüber 201 M. vor sieben Jahren beobachten. Im ganzen müssten also die 100 Millionen im April/Mai 1920 mindestens 7822 M. für ihre Ernährung ausgeben. Die gleichen Mengen hätten im April/Mai 1913 nur 607 M. gefordert. Auf den Kopf und den Tag bedeutet das eine Erhöhung von 48 P. auf 8,58 M. Eine Familie also, die jetzt vor sieben Jahren so etwas hätte, wie es im April/Mai 1920 am billigsten war, würde damals 1/10 soviel ausgegeben haben wie jetzt.

Ein Vergleich der Ergebnisse der beiden Versorgungsmethoden zeigt mühin, dass die Ernährung in Groß-Berlin im April/Mai 1920 rund 10mal so teuer war wie vor sieben Jahren.

Arbeitslohn und Versicherungsprämien.

Der kapitalistischen Tendenz, den Lohn aus das äußerste Minimum der Lebenshaltung des Arbeiters herabzudrücken, lehnen die Arbeiterorganisationen das Streben entgegen, die Lohnhöhe so zu gestalten, dass der Arbeitervolk mehr als das nackte Leben bleibe und sie teilnehmen könne an den sonstigen Errungenschaften der Kultur. So wurde die Allgemeingültigkeit des „eheren Lohngekörns“ überwunden. Richtig ist, dass den Gewerbeanteil an der steigenden Volkswirtschaft die Kapitalisten domäntigen. In so großem Maße brachte das nicht der Koll zu sein, wenn siehere Erkenntnis der Klassenlage, größere Klassentheorie und der Sinn für fehlere Geschäftsfertigkeit in die breiten Arbeitermassen gedrungen wären. Auf dem Wege dahin waren wir, als der Krieg diesem Streben ein Ziel setzte.

Die eingesetzte Massenerarmung und der allgemeine Warenmangel mit seiner ungünstigen Tendenz als Kriegsfolge zogen Lohnbewegungen größten Stils nach sich, woraus den Gewerkschaften nicht geringe Schwierigkeiten erstanden. Um sie zu überwinden, wurden die verschiedenen Formen der Lohnregelung in Verbindung mit Tarifabschlüssen eröffnet. Das naturnächste Bestreben der Arbeiter war dabei darauf gerichtet, nicht nur so viel zu erreichen, um für den Tag leben zu können, sondern darüber hinaus vorzubringen. Diese Anstrengungen luden die Gewerkschaften hand in Hand mit den Gewerkschaften zu erfüllen.

Wie der Unternehmer in den Preis des Produkts neben allen Herstellungs- und sonstigen Geschäftskosten auch die Ausgaben für Feuer-, Diebstahl- oder Schäden versteckt einkalkuliert, muss es Prinzip der Arbeiter werden, b. im Verlauf ihrer Arbeitszeit nicht nur das in Anspruch zu bringen, was zur unmittelbaren Ausreichung des Lebens nötig ist. Dem Arbeiter erwächst die Verpflichtung, weiter hinaus für die Zukunft seine Lebensfähigkeit und seiner Kinder mitzutragen. Der sich seiner Verantwortung bewusste Mensch wird erst dann Haupt bestrebt zur Ruhe legen wollen, wenn er seiner Angestammten Zukunft sich weiß. Dafür hat er nur zwei Möglichkeiten: die eine ist die Ansammlung von Reserven in einer Sparkasse, vorausgesetzt, dass er sich aus seinen Einnahmen Rücklagen gestalten kann; die andere besteht im Anschluss an eine der Lebensversicherungen die ihm Gewähr bietet, dass er voll auf seinem Anteil kommt. Welche Art, ob sparen oder versichern, für den Arbeiter die zweckmäßigste ist, aber ob nicht jede von ihnen in ihrer Eigennart ihre eigene Bedeutung hat und behalten muss, werden wir in einem späteren Artikel erörtern. Hier genügt der Hinweis auf die Notwendigkeit der Vorsorge. Nur jeden Fall müssen wir über das Mittel gewählt werden, und das ist nur möglich bei der Einkalkulation der sich ergebenden Auslagen in die Lohnsumme. Bei Festlegung von Tarifen müssten also die maßgebenden Körperschaften dieses Faktum mit berücksichtigen.

Wenn wir etwa den Einsatz fordern: Wer viel Arbeiter werden die sich so ergebende Lohn erhöhung dann auch für den zweckverwendet? So weisen wir darauf hin, dass bei dieser Art der Einkalkulation es geradezu in die Hände der Gewerkschaften gegeben ist, den Versicherungsgedanken zu propagieren und die Mitglieder zur Vorsorge für ihre Familie zu verpflichten. Die moralische Verpflichtung, eine andere kann es ja kaum sein, wird auch in mancher anderen hinsicht den Gewerkschaften zugute kommen. Ihre Dauer- und Fernwirkung sollte man ebenfalls nicht unterschätzen. Wenn zu irgendeiner Zeit, dann ist jetzt die Hebung der allgemeinen Moral ein dringendes Bedürfnis im ganzen öffentlichen Leben. Jedes Mittel sollte dazu recht sein.

Dass etwa die einzurechnenden Brüder so niedrig sein sollten, um bei der Lohnfestlegung keine größere Rolle zu spielen, ist auch möglich. Bei der allgemeinen Abneigung, die in organisierten Arbeiterkreisen seit je gegen die Privaatlebensversicherungsgesellschaften bestand, haben viele Arbeiter die Versicherung in jungen Jahren vermieden und sind nun bei zunehmendem Alter erst durch das Bestehen der Volksfürsorge für die Versicherung interessiert worden. Dadurch sind ihnen die Brüderläufe verteuert. Andererseits macht sich aber auch das Streben nach einer möglichst hohen Versicherungssumme geltend. Soll aber die Brüder vom Mund abgedröhrt werden, unterbleibt meistens die Versicherung, da hier dann die Frau in ihrer Eigenschaft als Wirtschaftsinhaberin dazwischentritt.

Etwas Hinweise auf die staatliche Sozialversicherung können wir ebenso mit der kurzen Bemerkung abtun wie die stillen Hoffnungen auf eine sorgenfreie Zukunft in einer sozialistischen Gesellschaft, nämlich, dass bis zu ihrer Erfüllung noch mancher Trocken-Wasser ins Meer fließen wird. Seiten wie hier Praktiker und Vermittler wirkt den Weg zu der Erkenntnis, dass zur Erfüllung von Rechten und Genüssen auch Verpflichtungen gehören, deren schönste die der Familie gegründet sind, weil sie in jeder hinsicht Genugtuung erfordern.

Bei allen Lohnverhandlungen sollte in Zukunft die Ausgabe für Versicherungswert: als zu den Lebensnotwendigkeiten gehörig mit eingerechnet werden. Auf die genaue Höhe der Summe braucht man weniger Gewicht zu legen; das kann man zum Beispiel bei der Steuern auch nicht. Schon die Einkalkulation als solche bedeutet einen Gewinn für das arbeitende Volk, das dadurch geradezu mit der Note auf Errichtungen geflohen wird, die in seinem Interesse auszurichten es heute vielleicht unterlässt.

Wie viele Gewerkschafter könnten denn ohne viel Mühe der logischen Organisation der gewerkschafts- und gesellschaftlichen Volksversicherung, unterer Volksfürsorge, Dienst tun, wofür ihnen große Scharer ihrer eigenen Mitglieder unausprechlich dankbar sein würden.

Dankbar für das geleistete Stück sozialer Arbeit.
(„Volksfürsorge“.)

Kommunistische (putschistische) Gewerkschaften?

Die Bekämpfung der kommunistischen Internationale und nunmehr Mithilfe für die „Sicherung“ oder bestehenden Gewerkschaften herausgegeben worden. Dagegen sollen die Gewerkschaften als Werkzeug zur Errichtung der Weimarer Republik umgebildet werden. Dass gerade die Russen mit ihren jüngsten Organisationen und mit den geringsten organisatorischen Erfahrungen und, nebenbei gesagt, mit dem geistig weit hinter dem westeuropäischen stehenden Proletariat die Russen für das Beste sind, beweist schon, was die Arbeiterschaft aller Länder zu erwarten hätte, wenn sie die Dejaparolitika in die Hände fassen würde. Diese Seite, die konsequent die Entwicklungsgeschichte ignorieren und ihre eisernen Querprinzipien dem hochentwickelten Proletariat der westlichen Industriewelt beibringen wollen, haben uns dokumentiert:

1. Die Zunft des Käufleins der revolutionären Elemente aus den bestehenden Gewerkschaftsverbänden ist zu verurteilen. Die revolutionären Elemente sind in jedem Teil verpflichtet, alle Maßnahmen zu ergreifen, um die Opportunisten, die mit der Bourgeoisie während des imperialistischen Krieges zusammenarbeitet haben, und die auch jetzt noch den Interessen des imperialistischen Kapitalismus dienen, indem sie an der betrügerischen Tätigkeit des Käufleins teilnehmen, aus diesen Verbänden zu verdrängen.

2. Innerhalb der Rahmen der Gewerkschaftsverbände der ganzen Welt ist eine Propaganda für den Kommunismus zu erhalten, und in ihrer Organisation sind kommunistische und revolutionäre Gruppen zur Propaganda und Durchführung unseres Programms zu gründen.

3. Ein internationales Komitee zur Neuorganisation der Gewerkschaftsbewegung ist in diesen Sinne neu zu organisieren. Dieses Komitee funktioniert als Internationales Rat der Gewerkschaftsverbände und arbeitet im Einvernehmen mit dem Exekutivkomitee der Kommunistischen Internationale unter Bedingungen, die vom Kongress festgelegt werden. Zur Rat müssen alle Gewerkschafts- und Produktionsarbeiterorganisationen vertreten sein, die der Kommunistischen Internationale angegeschlossen sind. Ein Vertreter des Internationalen Rates der Gewerkschaftsverbände hat b. im Exekutivkomitee der Kommunistischen Internationale als Mitglied beizutreten, wie auch ein Vertreter des Exekutivkomitees der Kommunistischen Internationale dem Internationalen Rat der Gewerkschaftsverbände als Mitglied beitreten.

Dieses Programm bedeutet nicht weniger und nicht mehr, als Kampf innerhalb der Gewerkschaften und deren Zerstörung. Dazu dient: wie es nicht kommen lassen, soll nicht die Arbeiterschaft einer generalisierten Verleumdung überredet werden. Mit allen Mitteln werden wir den etwa eingeschlagenen kommunistischen Wahlbereichen entgegen treten und außerstens auch den Stiel umdrehen, um die gemeinschaftlichen Absichten jener Elemente zu durchkreuzen, die glauben, aus dem Unklug d. Arbeiterschaft und der ganzen Welt das diesseitige Himmelreich hervorzutragen zu können. Nicht die Phrasen, sondern die aus Marx und Engels' Werken gelöppige geschichtliche Erkenntnis wird unter Leistern im Kampf gegen den Kapitalismus sein!

In dem Aufruf des „Internationalen Rates der Gewerkschafts- und Produktionsverbände“ heißt es: „Unser Programm ist die gewaltige Wiedererrichtung der Bourgeoisie aller Länder, die Errichtung der Diktatur des Proletariats“ d. h. Krieg aller gegen alle, bis zum Verbluten. Das bedeutete Hochkommtur für Spiegel, Verbreiter und Narren und letzten Endes die Wiedererstehung und den Triumph der Militärfürschaft und der alten örtlichen Macht. Arbeiter und Arbeiterschaften, ich gewiss! Jetzt beginnt vielleicht erst die volle Tätigkeit des Spiegelkultus! Lasset euch nicht missbrauchen!

Was den Zahlstellen.

Zum Erfolg der neuen Arbeitsordnung wird vom Reichsarbeitsministerium folgendes befürwortet: Da zahlreichen Eingaben aus Arbeitgeber- und Arbeitnehmerkreisen wird angefragt, ob der Erfolg der neuen Arbeitsordnung, die des Betriebsratzeichs vorschreibt, bis über den 1. September hinausgezögert werden darf. Daraus ist zu ersehen, dass im Hinsicht des „Erfolgs“ der Arbeitsordnung unbedingt ill. ist, wenn die beteiligten Arbeitgeber und Arbeitnehmer damit einverstanden sind. Das Reichsarbeitsministerium hält es für erwünscht, dass die Arbeitsordnung noch Möglichkeit nicht betriebsweise, sondern von Verbund zu Verbund gereicht wird, auch wenn hierdurch eine Verhöhung eintritt. Andererseits wird, nachdem der vom Reichsarbeitsministerium im Einvernehmen mit den Verbänden ausgearbeitete Entwurf einer Normalarbeitsordnung für Arbeiter veröffentlicht ist, erwartet, dass die Beteiligten alles tun, um den rechtzeitigen Erfolg der Arbeitsordnung zu ermöglichen. Zur Verhinderung einer absichtlichen Verhöhung ist vom Betriebsratzeich die Anrufung des Schlichtungsausschusses gemäß § 80 des Betriebsratzeiches vorgesehen. Der Schlichtungsausschuss hat im Fall: mangelnder Einigung der Parteien die Arbeitsordnung endgültig und bindend festzulegen. Auch ist es Sache der Gewerbeaufsichtsammler, möglicherfalls auf den Erfolg der neuen Arbeitsordnung gemäß § 134c der Gewerbeordnung hinzuwirken.

Sagt: Ein heiteres Ereignis hatte ein Kollege im Steinbruch des Granitabdes in Eusk. Nach den Logen des Kapp-Putsches, der in der Arbeiterschaft von Eusk-Zella und, besonders große Entrüstung hervorgerufen hatte, wurde durch die Reichswehr eine Entmischungsaktion durchgeführt. An einem jener Tage hatten unsre Kollegen im Steinbruch eine Anzahl Bohrschäfer karri beklebt, und die Sprengung derselben sollte vorgenommen werden. Der Kollege P. hatte den Wintrog, die dicht am Bruch: vorüberführende Landstraße von Eusk nach Zella-Wehlis zu sichern. Zu dem Zwecke fasste er dort Posio und hatte sich ganz vorrichtig gemäß mit einer roten Fahne ausgespielt, um etwaige Passanten damit aufmerksam zu machen und zum Stehenbleiben zu veranlassen. Als er nun dort seines Amtes wohnte, kam von Eusk heraus eine Kompanie Reichswehr, voran und hoch zu Ross der Kommandeur. Unser Kollege nahm sein rotes Fahnen, schwenkte es lebhaft durch die schöne Frühlingsluft und rief: „böse Tot“ bemerkte Kommandos erschont! Die Kompanie machte sich gefestigt und der Kommandeur kam auf schaukelnden Rosinante auf unseren Kollegen zugekümmert, um zu erkunden, was für eine Gefahr im Anzuge sei. Dass es hierbei nicht ohn: militärische Kraftausläufe abging, ist wohl selbstverständlich. Doch der Kollege karri wies sich, ganz vorrichtig gemäß mit einer roten Fahne ausgespielt, um etwaige Passanten damit aufmerksam zu machen und zum Stehenbleiben zu veranlassen. Als er nun dort seines Amtes wohnte, kam von Eusk heraus eine Kompanie Reichswehr, voran und hoch zu Ross der Kommandeur. Unser Kollege nahm sein rotes Fahnen, schwenkte es lebhaft durch die schöne Frühlingsluft und rief: „böse Tot“ bemerkte Kommandos erschont! Die Kompanie machte sich gefestigt und der Kommandeur kam auf schaukelnden Rosinante auf unseren Kollegen zugekümmert, um zu erkunden, was für eine Gefahr im Anzuge sei. Dass es hierbei nicht ohn: militärische Kraftausläufe abging, ist wohl selbstverständlich. Doch der Kollege karri wies sich, ganz vorrichtig gemäß mit einer roten Fahne ausgespielt, um etwaige Passanten damit aufmerksam zu machen und zum Stehenbleiben zu veranlassen. Einem Moment war der Offizier sprachlos, ob der Freiheit die erwartend steht die ersten Revolutions. Dann aber erlangten seine Kommandos um so bestimmter, die Kompanie schautzte aus und machte sich schüchtern, um gegen den erwarteten Angriff gerüstet zu sein. Auf unseren Kollegen prasselte es aber nur so niedr: von „verhaften und sterblich erschrecken“, er sollte sofort die Stellung der roten Truppen angeben.

Dieser sieht ab: den Offizier mit größerer Seelenruhe austoben und wiederholte seine Aufforderung zum Stehenbleiben um so dringlicher. Dern logte er: „Wenn durch die infolge der Sprengungen herumliegenden Stein- Leute Ihrer Kompanie verletzt oder gar todtgeschlagen werden, habe ich die Verantwortung.“ Die im selben Augenblide einsetzenden Explosionen unterstrichen seine Worte ausdrücklich und mit einem Mal begann auch der forsche Kriegsmann zu sponieren. Sein armes Streitrohr beseitete von ihm, nach Art aller schlechten Reiter, einen ganz unverdienten Kandorier und er machte mit feuertrotem Säckchen fürt Recht, wiederum erschellen Kommandos. Der Friedenszustand war bald wieder hergestellt und mutter zog die Kompanie weiter, an neuen Taten. Der Herr Hauptmann würdigte zwar im Vorberreiten unserer immer noch wartenden Kollegen seines Lides, doch konnte der letztere die wütenden Bemerkungen der Landes, die ab der Heidenot ihres Häuplings durch die ganze Kolonne gingen, recht deutlich vernehmen.

Hausenberg. Im Bezirkamt Weigleid hat am 2. September auf Grund des Protestes der Steinarbeiter gegen den Steuerabzug eine Besprechung d. Betriebsräte von den Steinarbeitern, Graphitfabrik und Angestellten stattgefunden, die von dem Oberbeamten geleitet wurde. Eine bereits am 26. August in Hausenberg von dem Bezirkseminar angelegte Besprechung mit den Betriebsräten wurde, wie unterer Schriftleitung mitteilte, verzögert durch das fortige Auftreten des befürchteten Betriebers, nun den Steinarbeitern geführt. Die Besprechung am 2. September brachte das Ergebnis, dass die behördlichen Betrieber die äußerste Notlage der Arbeiter anerkannt und auch erkannt haben über die niedrige Entlohnung der Steinarbeiter und auch der Angestellten. Letztere bestätigte, dass die Betriebsräte einsetzt, auch wenn er dem nicht einverstanden ist. Der die Geistesgröße besitzt, um zu erkennen, dass es außer ihm auch noch andere ehrliche Menschen gibt, die ehrhaft genug, die Berücksichtiger der Menschen ohne Hochmut anhören und ihnen auch zustimmen, wenn sie auf sind. Ein guter Gewerkschafter sucht jede Berücksichtigung und Eigerbrüder zu vermeiden, er zieht seine Gewerkschaft, hält Disziplin und bleibt stark in der Solidarität.

Raum für Betriebsversammlungen.

Zu den monatelang Streitfragen, die die eisige Sommerlastliteratur zum Betriebsratzeich gezeigt hat, gehört d. Frosch, ob der Arbeitgeber einen Raum zur Betriebsversammlung zu stellen hat. In der Literatur ist dies von vornherein in den Kommentaren von Flatos und Dersch bestanden worden; neuerdings haben sich (in der 4. Auflage) auch Heiz-Sichter dem entzweit. Wichtiger als diese Meinungsverschiedenheit ist ein Bescheid des Reichsarbeitsministeriums, den dieses auf Antrag aus Arbeitgeberkreis erteilt hat. Er lautet:

Die Betriebsversammlung ist nach § 45 II. B.R.G. eine gesetzliche Einrichtung, der Betriebsratsoberseite ist unter bestimmten Verhältnissen sie einzuwerben ist vorschriftlich, im übrigen jederzeit hierzu bestreitigt. Ihre Ablösung soll daher unter die Geldstrafbefreiung des Betriebsrats, für die der Arbeitgeber nach § 36 B.R.G. die noch langen und Beschaffter des Betriebes „erzieherischen Räume“ zur Verfügung zu stellen hat. Stellt der Arbeitgeber persönliche Räume seines Betriebes zur Verfügung, wird die Versammlung aber dennoch in fremden Räumen abgehalten, so braucht er die Kosten hierzu nicht zu tragen. Ist der Arbeitgeber aber hierzu nicht in der Lage oder gewillt, so muss er als vorschriftlich angelehnt werden, die notwendigen Kosten zu Recht einberufener Betriebsversammlungen gemäß § 36 B.R.G. zu tragen, um so mehr als § 37 dem Betriebsrat andere finanzielle Mittel für seine Versammlungen verleiht. (Vgl. Heiz-Sichter, Betriebsratzeich, 4. Auflage, § 46 Anm. 4 in Abweichung von den früheren Ausgaben, ähnlich Flatos § 45 Anm. 6.) Die gegenteilige Auffassung würde dazu führen, dass der Arbeitgeber durch seine Weigerung, eigene Räume oder Mieteräume zur Verfügung zu stellen, die Einrichtung der Betriebsversammlung bei sich können.

In ähnlicher Weise hat jüngst der Schlichtungsausschuss Wlm zu der trockenen Stellung genommen, indem er folgende Befürchtinge aufgestellt hat (Mitteilungen der Schlichtungsausschüsse in Württemberg, Nr. 5, S. 90):

1. Der Arbeitgeber ist verpflichtet, den zu Betriebsversammlungen notwendigen Raum zur Verfügung zu stellen, und zwar grundsätzlich im Betriebe selbst; nur wenn in den nachfolgenden Anforderungen genügender Raum im Betriebe nicht verfügbar ist, kann vom Arbeitgeber verlangt werden, dass ein entsprechender Raum außerhalb des Betriebes gestellt wird.

2. Der für die Betriebsversammlung zur Verfügung gestellt: Raum muss groß genug sein, um etwa die Hälfte der gesamten Arbeitnehmer-Schaft des Betriebs zu lassen.

3. Der Raum muss fern von einer großen, freie und zusammenhängende Blaude haben, die eine ordnungsmäßige Versammlung ermöglicht.

4. Der Versammlungsraum muss sich in einem Zustand befinden, der Gehörenden für Leben und Gefühle der an der Betriebsversammlung teilnehmenden Arbeitnehmer ausreichend.

5. Sitzgelegenheit kann bei Betriebsversammlungen von den Teilnehmern grundsätzlich nicht verlangt werden.

Wichtig an diesen Grundsätzen ist besonders Ziffer 2. Dennoch wird mit Rücksicht auf § 45 Abs. 2 B.R.G., der Toleranzentnahmen dort erlaubt, wo noch der „Größe des Betriebes ein gleichzeitige allgemeine Versammlung nicht stattfinden kann, den Arbeitnehmern zugemessen, sich mit zwei Lehrveranstaltungen zu begnügen, wenn der Arbeitgeber einen Raum wenigstens für die Hälfte seiner Arbeitnehmer hat. Dieser Standpunkt wird zwar vom Bürgern der Arbeitnehmer nicht vollständig gerecht, ist aber weit billiger und mehr dem Geist entsprechend als die bisher vielfach beliebte Praxis der Arbeitgeber, die auf eine Sabotage der ganzen Einrichtung hinauskommt.

Aus der weiteren Begründung des Wlm-Spruchs sei folgender Satz hervorgehoben:

„In der Regel ist es nicht möglich, im Betrieb einen Raum zu befreien, der Bspiele für alle Versammlungsteilnehmer bietet. Doch darf erwartet werden, dass Sitzgelegenheit so weit beschafft werden, als dass es ohne erhebliche Kosten möglich ist, um wenigstens einem Teil der Versammlung das Sitzen zu ermöglichen.“

Was den Zahlstellen.

Zum Erfolg der neuen Arbeitsordnung wird vom Reichsarbeitsministerium folgendes befürwortet: Da zahlreichen Eingaben aus Arbeitgeber- und Arbeitnehmerkreisen wird angefragt, ob der Erfolg der neuen Arbeitsord

Gebig gegeht. Die Abrechnung lag gedruckt vor und nahmen die Kollegen Rentsch von dem Kassierer Bielowski wurde Dedorge erklart. Für das Leipziger Volkshaus wurden von den Anwesenden gegen einige Stimmen die bereits gesahlten 200 M. für die "Freiheit" wurden 5000 M. als Darlehn zur Unterstützung des Blattes bei 4 Prozent Verzinsung bewilligt. Es wurde ein Vorsiedelsbeschluss einstimmig angenommen, für die Sträflinge der Sektion 1 1/2 Prozent von den Kollegen einzuzahlen, die über 32 Stunden die Woche arbeiten. Den Kollegen Kadel, der bei der Firma Siessens u. Möller Arbeiten im Auftrag auszuführen hat, wurde eine öffentliche Rüge erteilt. In Stelle der nicht erschienenen Referenten betreffs des "Viertelabendes" gaben die Kollegen Polakowski und Holzfässler einen guten Bericht.

Oben: Versammlung vom 9. September. Tagesordnung: 1. Arbeitsbericht betreffs Erwerbsloherunterstützung. 2. Wahl eines Gewerberatsleiters. 3. Kostenbericht. 4. Gewerkschaftliches. Kollege Rappmann als Kassierberichterstatter gab folgenden Bericht: Die Arbeitslosen stellten an das Kortell den Antrag, dahin zu melden, daß Kollegen, die soll arbeiten, jede Woche eine Stunde zugunsten der Antragsteller, Doppelarbeiter, einen Tag pro Woche abtreten sollen. Dieser Antrag ist befehlshabende Weise längst Debatte aus und wurde vom Kortell abgelehnt, dafür aber empfohlen, Sammellisten auszugeben und den Delegierten erneut anzusetzen, die Kollegen jeder Gewerkschaft zur Bezeichnung aufzufordern. Dieser Bericht stand nun zur Diskussion. In dieser wurde bestimmt, daß doch im ersten Quarte Ecke und Gemeinde zur ausreichenden Unterstützung ausreichender Räder und man bezeichnete, ob die Sonderung auch des gewünschten Rechtes ergeben würde, da gerade unsere Branche, gegenüber anderen Branchen in bezug auf Entwicklung noch sehr im Rückstand ist. Gleichwohl erklärte die Versammlung sich mit dem Vorhaben des Kortells einverstanden; man würdigte jedoch auch über die Entwicklung der eingehenden Gelder etwas zu erfahren, denn obwohl es zu leugnen ist, daß ein großer Teil der Erwerbslosen einer Zeit die direkten Bedürfnisse und würdig ist, muß andererseits auch festgestellt werden, daß es gegenwärtig Elemente darunter befinden, bei denen jede Gründlichkeit unerreichbar ist. Zum 2. Punkt führte der Berichterstatter aus, daß das Gewerberichteramt aus dem Hand- und Kapitalarbeiter in Sachsen genommen werden müßt; die Auswanderung des Dienstleistungsbestands auch die Gewerbe bieten, daß die Interessen jener, die sich an das Gerät wenden, auch geschützt werden. Bisher war Kollege Rappmann Berichterstatter. Er gab eine kurze Schlußrede über die Funktion eines Sozialen Berichts, gab berichtet, daß ein solcher eigentlich eine ziemlich politische Rolle bei Verhandlungen spielt; innerhalb kann er aber durch Vergleichung zwischen den Siegeln oder Befragten die in Frage stehende Meinung mit erheblichen helfen. Sehr viel liege freilich an dem Fortschreiten und die Wichtigkeit, daß der genaue Verhandlungsgang vielleicht ein Schlagziel der Gewerkschaft des Vorliegenden ist. Nach diesen Erörterungen wurde Kollege Rindig als Beifitzer wieder einstimmig gewählt. Zum 3. Punkt gab Kollege Schwarz den Kostenbericht von 1. und 2. Quartal. Danach wird ein Kostenbericht von 11 303 M., derzeitige der Rentenversicherungskasse beträgt 2223 M. Kosten und Bericht waren in Ordnung befunden und wurde dem Kortell erneut eine Entlastung ertheilt. Zum 4. Punkt verließ Kollege Schwarz auf den beschriebenen Berichtsstreittag in Berlin und gab die Namen der vorgestellten Dokumenten untereinander anzuteilen. Berichterstatter. Sie werden von der Versammlung aufgezeichnet. Versammlung wurde ein Entschluß angenommen, in dem festgestellt wurde, daß auf die verschiedenen Fälle ein Protokoll in Verbandstag auf Sitzung der Lokalfelle zu beklagen ist. Angetragen wurde auch, was nun eigentlich aus unter den Leitungserfordernissen geändern seien. Der Berichterstatter trug die einzelnen Änderungen, wie untere Forderung bereits passiert hat, nochmals vor. Ihre Zustimmung wurde er gegenwärtig menschliche Information leitens Siegels nicht blieben. Hier folgte eine heftige Debatte, deren Ergebnis war, die Berichte aufzuteilen, energisch auf Weiterverfolgung ihrer Forderung zu bringen und uns von dem Erfolg unverzüglich in Kenntnis zu setzen. Hier kam auch wieder die Anstellung eines Sozialbeamten zur Sprache. Da Versammlung verurteilte das Verhalten der Berichte aus, mußte doch die Anstellung bereits im Frühjahr festgestellt werden, daß die Anstellung, die damals die R. der Anstellung vereinbart, bestätigt und wird die Anstellung unter Hinweis auf die gegenwärtigen Verhältnisse nicht mehr für dringend erachtet. Da kein Sozialbeamter erhielt auch eine weitere starke Kritik an der Anstellung. Wir hoffen um Verhandlungsnormen in bezug auf Belebung der Kollegen, welche bislang nur Lese und weniger geschrieben, geben. (Siehe Bekanntmachung in dieser Nummer. Red.) In Bezug auf die Kritik an den Berichten der Berichte wurde erneut die Forderung verlangt, Rödern noch einige Berichterstatter erlaubt und die Kollegen erneut erachtet, sich an den Rödern zu beteiligen, was Schlüß der möglichen Versammlung.

Rundschau.

Gewerkschaftliches. Nach einer bei den Beraternen der Gewerkschaften des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes vertraulichen Umfrage bei der Präsidenten des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes die Zahl von 8 1/2 Millionen übertritten. Daraus gehen 14 Berichte über 100 000 Mitarbeiter, und zwar die Metallarbeiter (1 700 000), Landarbeiter (700 000), Fabrikarbeiter (650 000), Bergarbeiter (600 000), Landarbeiter (500 000), Bergarbeiter (436 000), Holzarbeiter (420 000), Angestellte (400 000), Gewerbebedienstete (291 217), Schneider (187 000), Schuharbeiter (116 000) und Schuhmacher (100 000). Eine 14 gewerblichen Berichten umfassen zusammen 7 000 000 Mitglieder oder 85,5 Prozent der gesamten Industrie des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes. — Eine ähnliche Gewerkschaftspolitik? Wie aus der "Germannia" entnommen werden kann, kleinen Betrieben zu beitreten. Sie auf die Gründung der sozialen Gewerkschaften hinzu. Eine klare Grundlage für diese Gewerkschaften ist die Beratungsräte. Die Gründungen aus dem Beratungsräten offen gemacht. Es ist die Unabhängigkeit mit den politischen Parteien, in deren Politik ein Teil der Arbeitnehmer ist. Die erneut der Sozialdemokratie steht, die gebildete Partei muss über sozialdemokratische und sozialistische Interessen verfügen. Sie stellt eine Konsolidierung der sozialdemokratischen und sozialistischen Interessen dar. Es soll keine Konsolidierung werden, sondern die Interessen dieses Konsortiums müssen vor rechten und daraus resultierenden Gewerkschaften stehen. Es ist in diesem Zusammenhang zu sagen, daß 22 Gewerkschaften weiter im Beratungsräten und 14 aufgelöste Berichte verbleiben. Personen 14 Berichterstatter, 1. Berater, 2. Berater, 3. Berater, 4. Berater, 5. Berater, 6. Berater, 7. Berater, 8. Berater, 9. Berater, 10. Berater, 11. Berater, 12. Berater, 13. Berater, 14. Berater, 15. Berater, 16. Berater, 17. Berater, 18. Berater, 19. Berater, 20. Berater, 21. Berater, 22. Berater.

Sozialpolitisches. Nach einer bei den Beraternen der Gewerkschaften des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes vertraulichen Umfrage bei der Präsidenten des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes die Zahl von 8 1/2 Millionen übertritten. Daraus gehen 14 Berichte über 100 000 Mitarbeiter, und zwar die Metallarbeiter (1 700 000), Landarbeiter (700 000), Fabrikarbeiter (650 000), Bergarbeiter (600 000), Landarbeiter (500 000), Bergarbeiter (436 000), Holzarbeiter (420 000), Angestellte (400 000), Gewerbebedienstete (291 217), Schneider (187 000), Schuharbeiter (116 000) und Schuhmacher (100 000). Eine 14 gewerblichen Berichten umfassen zusammen 7 000 000 Mitglieder oder 85,5 Prozent der gesamten Industrie des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes. — Eine ähnliche Gewerkschaftspolitik? Wie aus der "Germannia" entnommen werden kann, kleinen Betrieben zu beitreten. Sie auf die Gründung der sozialen Gewerkschaften hinzu. Eine klare Grundlage für diese Gewerkschaften ist die Beratungsräte. Die Gründungen aus dem Beratungsräten offen gemacht. Es ist die Unabhängigkeit mit den politischen Parteien, in deren Politik ein Teil der Arbeitnehmer ist. Die erneut der Sozialdemokratie steht, die gebildete Partei muss über sozialdemokratische und sozialistische Interessen verfügen. Sie stellt eine Konsolidierung der sozialdemokratischen und sozialistischen Interessen dar. Es soll keine Konsolidierung werden, sondern die Interessen dieses Konsortiums müssen vor rechten und daraus resultierenden Gewerkschaften stehen. Es ist in diesem Zusammenhang zu sagen, daß 22 Gewerkschaften weiter im Beratungsräten und 14 aufgelöste Berichte verbleiben. Personen 14 Berichterstatter, 1. Berater, 2. Berater, 3. Berater, 4. Berater, 5. Berater, 6. Berater, 7. Berater, 8. Berater, 9. Berater, 10. Berater, 11. Berater, 12. Berater, 13. Berater, 14. Berater, 15. Berater, 16. Berater, 17. Berater, 18. Berater, 19. Berater, 20. Berater, 21. Berater, 22. Berater.

Sozialpolitisches. Nach einer bei den Beraternen der Gewerkschaften des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes vertraulichen Umfrage bei der Präsidenten des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes die Zahl von 8 1/2 Millionen übertritten. Daraus gehen 14 Berichte über 100 000 Mitarbeiter, und zwar die Metallarbeiter (1 700 000), Landarbeiter (700 000), Fabrikarbeiter (650 000), Bergarbeiter (600 000), Landarbeiter (500 000), Bergarbeiter (436 000), Holzarbeiter (420 000), Angestellte (400 000), Gewerbebedienstete (291 217), Schneider (187 000), Schuharbeiter (116 000) und Schuhmacher (100 000). Eine 14 gewerblichen Berichten umfassen zusammen 7 000 000 Mitglieder oder 85,5 Prozent der gesamten Industrie des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes. — Eine ähnliche Gewerkschaftspolitik? Wie aus der "Germannia" entnommen werden kann, kleinen Betrieben zu beitreten. Sie auf die Gründung der sozialen Gewerkschaften hinzu. Eine klare Grundlage für diese Gewerkschaften ist die Beratungsräte. Die Gründungen aus dem Beratungsräten offen gemacht. Es ist die Unabhängigkeit mit den politischen Parteien, in deren Politik ein Teil der Arbeitnehmer ist. Die erneut der Sozialdemokratie steht, die gebildete Partei muss über sozialdemokratische und sozialistische Interessen verfügen. Sie stellt eine Konsolidierung der sozialdemokratischen und sozialistischen Interessen dar. Es soll keine Konsolidierung werden, sondern die Interessen dieses Konsortiums müssen vor rechten und daraus resultierenden Gewerkschaften stehen. Es ist in diesem Zusammenhang zu sagen, daß 22 Gewerkschaften weiter im Beratungsräten und 14 aufgelöste Berichte verbleiben. Personen 14 Berichterstatter, 1. Berater, 2. Berater, 3. Berater, 4. Berater, 5. Berater, 6. Berater, 7. Berater, 8. Berater, 9. Berater, 10. Berater, 11. Berater, 12. Berater, 13. Berater, 14. Berater, 15. Berater, 16. Berater, 17. Berater, 18. Berater, 19. Berater, 20. Berater, 21. Berater, 22. Berater.

Sozialpolitisches. Nach einer bei den Beraternen der Gewerkschaften des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes vertraulichen Umfrage bei der Präsidenten des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes die Zahl von 8 1/2 Millionen übertritten. Daraus gehen 14 Berichte über 100 000 Mitarbeiter, und zwar die Metallarbeiter (1 700 000), Landarbeiter (700 000), Fabrikarbeiter (650 000), Bergarbeiter (600 000), Landarbeiter (500 000), Bergarbeiter (436 000), Holzarbeiter (420 000), Angestellte (400 000), Gewerbebedienstete (291 217), Schneider (187 000), Schuharbeiter (116 000) und Schuhmacher (100 000). Eine 14 gewerblichen Berichten umfassen zusammen 7 000 000 Mitglieder oder 85,5 Prozent der gesamten Industrie des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes. — Eine ähnliche Gewerkschaftspolitik? Wie aus der "Germannia" entnommen werden kann, kleinen Betrieben zu beitreten. Sie auf die Gründung der sozialen Gewerkschaften hinzu. Eine klare Grundlage für diese Gewerkschaften ist die Beratungsräte. Die Gründungen aus dem Beratungsräten offen gemacht. Es ist die Unabhängigkeit mit den politischen Parteien, in deren Politik ein Teil der Arbeitnehmer ist. Die erneut der Sozialdemokratie steht, die gebildete Partei muss über sozialdemokratische und sozialistische Interessen verfügen. Sie stellt eine Konsolidierung der sozialdemokratischen und sozialistischen Interessen dar. Es soll keine Konsolidierung werden, sondern die Interessen dieses Konsortiums müssen vor rechten und daraus resultierenden Gewerkschaften stehen. Es ist in diesem Zusammenhang zu sagen, daß 22 Gewerkschaften weiter im Beratungsräten und 14 aufgelöste Berichte verbleiben. Personen 14 Berichterstatter, 1. Berater, 2. Berater, 3. Berater, 4. Berater, 5. Berater, 6. Berater, 7. Berater, 8. Berater, 9. Berater, 10. Berater, 11. Berater, 12. Berater, 13. Berater, 14. Berater, 15. Berater, 16. Berater, 17. Berater, 18. Berater, 19. Berater, 20. Berater, 21. Berater, 22. Berater.

Sozialpolitisches. Nach einer bei den Beraternen der Gewerkschaften des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes vertraulichen Umfrage bei der Präsidenten des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes die Zahl von 8 1/2 Millionen übertritten. Daraus gehen 14 Berichte über 100 000 Mitarbeiter, und zwar die Metallarbeiter (1 700 000), Landarbeiter (700 000), Fabrikarbeiter (650 000), Bergarbeiter (600 000), Landarbeiter (500 000), Bergarbeiter (436 000), Holzarbeiter (420 000), Angestellte (400 000), Gewerbebedienstete (291 217), Schneider (187 000), Schuharbeiter (116 000) und Schuhmacher (100 000). Eine 14 gewerblichen Berichten umfassen zusammen 7 000 000 Mitglieder oder 85,5 Prozent der gesamten Industrie des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes. — Eine ähnliche Gewerkschaftspolitik? Wie aus der "Germannia" entnommen werden kann, kleinen Betrieben zu beitreten. Sie auf die Gründung der sozialen Gewerkschaften hinzu. Eine klare Grundlage für diese Gewerkschaften ist die Beratungsräte. Die Gründungen aus dem Beratungsräten offen gemacht. Es ist die Unabhängigkeit mit den politischen Parteien, in deren Politik ein Teil der Arbeitnehmer ist. Die erneut der Sozialdemokratie steht, die gebildete Partei muss über sozialdemokratische und sozialistische Interessen verfügen. Sie stellt eine Konsolidierung der sozialdemokratischen und sozialistischen Interessen dar. Es soll keine Konsolidierung werden, sondern die Interessen dieses Konsortiums müssen vor rechten und daraus resultierenden Gewerkschaften stehen. Es ist in diesem Zusammenhang zu sagen, daß 22 Gewerkschaften weiter im Beratungsräten und 14 aufgelöste Berichte verbleiben. Personen 14 Berichterstatter, 1. Berater, 2. Berater, 3. Berater, 4. Berater, 5. Berater, 6. Berater, 7. Berater, 8. Berater, 9. Berater, 10. Berater, 11. Berater, 12. Berater, 13. Berater, 14. Berater, 15. Berater, 16. Berater, 17. Berater, 18. Berater, 19. Berater, 20. Berater, 21. Berater, 22. Berater.

Sozialpolitisches. Nach einer bei den Beraternen der Gewerkschaften des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes vertraulichen Umfrage bei der Präsidenten des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes die Zahl von 8 1/2 Millionen übertritten. Daraus gehen 14 Berichte über 100 000 Mitarbeiter, und zwar die Metallarbeiter (1 700 000), Landarbeiter (700 000), Fabrikarbeiter (650 000), Bergarbeiter (600 000), Landarbeiter (500 000), Bergarbeiter (436 000), Holzarbeiter (420 000), Angestellte (400 000), Gewerbebedienstete (291 217), Schneider (187 000), Schuharbeiter (116 000) und Schuhmacher (100 000). Eine 14 gewerblichen Berichten umfassen zusammen 7 000 000 Mitglieder oder 85,5 Prozent der gesamten Industrie des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes. — Eine ähnliche Gewerkschaftspolitik? Wie aus der "Germannia" entnommen werden kann, kleinen Betrieben zu beitreten. Sie auf die Gründung der sozialen Gewerkschaften hinzu. Eine klare Grundlage für diese Gewerkschaften ist die Beratungsräte. Die Gründungen aus dem Beratungsräten offen gemacht. Es ist die Unabhängigkeit mit den politischen Parteien, in deren Politik ein Teil der Arbeitnehmer ist. Die erneut der Sozialdemokratie steht, die gebildete Partei muss über sozialdemokratische und sozialistische Interessen verfügen. Sie stellt eine Konsolidierung der sozialdemokratischen und sozialistischen Interessen dar. Es soll keine Konsolidierung werden, sondern die Interessen dieses Konsortiums müssen vor rechten und daraus resultierenden Gewerkschaften stehen. Es ist in diesem Zusammenhang zu sagen, daß 22 Gewerkschaften weiter im Beratungsräten und 14 aufgelöste Berichte verbleiben. Personen 14 Berichterstatter, 1. Berater, 2. Berater, 3. Berater, 4. Berater, 5. Berater, 6. Berater, 7. Berater, 8. Berater, 9. Berater, 10. Berater, 11. Berater, 12. Berater, 13. Berater, 14. Berater, 15. Berater, 16. Berater, 17. Berater, 18. Berater, 19. Berater, 20. Berater, 21. Berater, 22. Berater.

Sozialpolitisches. Nach einer bei den Beraternen der Gewerkschaften des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes vertraulichen Umfrage bei der Präsidenten des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes die Zahl von 8 1/2 Millionen übertritten. Daraus gehen 14 Berichte über 100 000 Mitarbeiter, und zwar die Metallarbeiter (1 700 000), Landarbeiter (700 000), Fabrikarbeiter (650 000), Bergarbeiter (600 000), Landarbeiter (500 000), Bergarbeiter (436 000), Holzarbeiter (420 000), Angestellte (400 000), Gewerbebedienstete (291 217), Schneider (187 000), Schuharbeiter (116 000) und Schuhmacher (100 000). Eine 14 gewerblichen Berichten umfassen zusammen 7 000 000 Mitglieder oder 85,5 Prozent der gesamten Industrie des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes. — Eine ähnliche Gewerkschaftspolitik? Wie aus der "Germannia" entnommen werden kann, kleinen Betrieben zu beitreten. Sie auf die Gründung der sozialen Gewerkschaften hinzu. Eine klare Grundlage für diese Gewerkschaften ist die Beratungsräte. Die Gründungen aus dem Beratungsräten offen gemacht. Es ist die Unabhängigkeit mit den politischen Parteien, in deren Politik ein Teil der Arbeitnehmer ist. Die erneut der Sozialdemokratie steht, die gebildete Partei muss über sozialdemokratische und sozialistische Interessen verfügen. Sie stellt eine Konsolidierung der sozialdemokratischen und sozialistischen Interessen dar. Es soll keine Konsolidierung werden, sondern die Interessen dieses Konsortiums müssen vor rechten und daraus resultierenden Gewerkschaften stehen. Es ist in diesem Zusammenhang zu sagen, daß 22 Gewerkschaften weiter im Beratungsräten und 14 aufgelöste Berichte verbleiben. Personen 14 Berichterstatter, 1. Berater, 2. Berater, 3. Berater, 4. Berater, 5. Berater, 6. Berater, 7. Berater, 8. Berater, 9. Berater, 10. Berater, 11. Berater, 12. Berater, 13. Berater, 14. Berater, 15. Berater, 16. Berater, 17. Berater, 18. Berater, 19. Berater, 20. Berater, 21. Berater, 22. Berater.

Sozialpolitisches. Nach einer bei den Beraternen der Gewerkschaften des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes vertraulichen Umfrage bei der Präsidenten des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes die Zahl von 8 1/2 Millionen übertritten. Daraus gehen 14 Berichte über 100 000 Mitarbeiter, und zwar die Metallarbeiter (1 700 000), Landarbeiter (700 000), Fabrikarbeiter (650 000), Bergarbeiter (600 000), Landarbeiter (500 000), Bergarbeiter (436 000), Holzarbeiter (420 000), Angestellte (400 000), Gewerbebedienstete (291 217), Schneider (187 000), Schuharbeiter (116 000) und Schuhmacher (100 000). Eine 14 gewerblichen Berichten umfassen zusammen 7 000 000 Mitglieder oder 85,5 Prozent der gesamten Industrie des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes. — Eine ähnliche Gewerkschaftspolitik? Wie aus der "Germannia" entnommen werden kann, kleinen Betrieben zu beitreten. Sie auf die Gründung der sozialen Gewerkschaften hinzu. Eine klare Grundlage für diese Gewerkschaften ist die Beratungsräte. Die Gründungen aus dem Beratungsräten offen gemacht. Es ist die Unabhängigkeit mit den politischen Parteien, in deren Politik ein Teil der Arbeitnehmer ist. Die erneut der Sozialdemokratie steht, die gebildete Partei muss über sozialdemokratische und sozialistische Interessen verfügen. Sie stellt eine Konsolidierung der sozialdemokratischen und sozialistischen Interessen dar. Es soll keine Konsolidierung werden, sondern die Interessen dieses Konsortiums müssen vor rechten und daraus resultierenden Gewerkschaften stehen. Es ist in diesem Zusammenhang zu sagen, daß 22 Gewerkschaften weiter im Beratungsräten und 14 aufgelöste Berichte verbleiben. Personen 14 Berichterstatter, 1. Berater, 2. Berater, 3. Berater, 4. Berater, 5. Berater, 6. Berater, 7. Berater, 8. Berater, 9. Berater, 10. Berater, 11. Berater, 12. Berater, 13. Berater, 14. Berater, 15. Berater, 16. Berater, 17. Berater, 18. Berater, 19. Berater, 20. Berater, 21. Berater, 22. Berater.

Sozialpolitisches. Nach einer bei den Beraternen der Gewerkschaften des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes vertraulichen Umfrage bei der Präsidenten des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes die Zahl von 8 1/2 Millionen übertritten. Daraus gehen 14 Berichte über 100 000 Mitarbeiter, und zwar die Metallarbeiter (1 700 000), Landarbeiter (700 000), Fabrikarbeiter (650 000), Bergarbeiter (600 000), Landarbeiter (500 000), Bergarbeiter (436 000), Holzarbeiter (420 000), Angestellte (400 000), Gewerbebedienstete (